

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen,

viel ist in der Presse in den letzten Wochen über die Personalpolitik von Minister Niebel geschrieben worden. Und in der Tat ist das, was da im Entwicklungsministerium (BMZ) derzeit vor sich geht, bemerkenswert. Wollte die FDP das Haus vor der Wahl noch abschaffen, nutzt sie es nun als Versorgungswerk für alt gediente Parteisoldaten. Und das mit den Soldaten ist dabei sogar wörtlich zu nehmen. Während ein erfahrener und bewährter Abteilungsleiter wie Adolf Kloke-Lesch seinen Hut nehmen musste, wurde für einen alten Weggefährten Niebels aus Bundeswehrtagen, Oberst Friedel Eggelmeyer, eigens ein neuer Abteilungsleiterposten geschaffen. Das passt nicht zusammen, passt schon gar nicht zu den einstigen Sparplänen der FDP und sorgt im BMZ für allerlei Unruhe. Offenbar geht es derzeit beim Personal weniger um Expertise als um das richtige Parteibuch. Bei so vielen externen Stellenbesetzungen, wie sie derzeit im BMZ vorgenommen werden, kann es einem für die vielen fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus, denen der Aufstieg damit verbaut wird, nur Leid tun.

Da passt es ins Bild, dass auch der neue Leiter der Projektgruppe Vorfeldreform nicht etwa ein gestandener Mann oder eine gestandene Frau aus dem BMZ ist, sondern von außen kommt. Man darf gespannt sein, wie er seine wichtige Aufgabe ausfüllen wird, immerhin dürfte die geplante Zusammenführung von GTZ, InWent und DED kein Kinderspiel sein. Kürzlich hatten wir ihn bei uns im Ausschuss zu einem ersten Gedankenaustausch zu Gast. Mit entwaffnender Offenheit gestand er dabei ein, dass er erst seit wenigen Wochen im Amt sei und sich in die komplizierte Materie noch einarbeiten müsse. Das ist nachvollziehbar für jemanden, der sich mit dem Thema bisher nicht befasst hat. Ob eine solche Besetzung aber der Bedeutung des Themas gerecht wird, darf man wohl bezweifeln.

Während man in der Führungsetage des BMZ also mehr mit sich selber und der Verteilung von Posten und Pöstchen beschäftigt ist, wird die Arbeit draußen nicht weniger. Seit dem schweren Erdbeben vom 12. Januar ist Haiti eines der größten Sorgenkinder für alle staatlichen und nicht staatlichen Hilfsorganisationen. Die Lage im Land ist noch immer dramatisch, die Nachrichten sind erschreckend: weit über 200.000 Tote sind zu beklagen, mehr als eine Million Menschen wurde obdachlos. Hinzu kommt, dass das Beben mit Haiti ein Land getroffen hat, das schon vor der Katastrophe am Boden lag, in dem die Regierung nicht in der Lage und vielleicht auch nicht Willens war, die Sicherheit und öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren.

Es wird also große Anstrengungen erfordern, um den Menschen in Haiti zu helfen. Nach der ersten Nothilfe muss es darum gehen, den langfristigen Wiederaufbau zu unterstützen. Dabei ist für die Zukunft Haitis neben dem Wiederaufbau der Infrastruktur der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und demokratischen Institutionen mindestens genauso wichtig. Als AGWZ sind wir davon überzeugt, dass Haiti nur eine Chance hat, wenn jetzt zügig ein von der internationalen Staatengemeinschaft gestütztes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept erstellt wird, das die unterschiedlichen Wiederaufbaumaßnahmen koordiniert und bündelt. An diesem Konzept sollte sich Deutschland maßgeblich beteiligen. Dieser Forderung hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Woche mit einem eigenen Antrag „Zukunft für Haiti“ Nachdruck verliehen. Der Antrag ist als Anlage diesem *newsletter* beigefügt. Darüber hinaus hatten wir uns schon in den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, einen Sonderfonds für Haiti einzurichten. Diese haushalterische Maßnahme hat sich bereits nach dem Tsunami 2004 bewährt. Nachdem die Koalition dies zunächst strikt abgelehnt hatte, will Minister Niebel jetzt offenbar unserem Vorschlag folgen. Ein solcher Sondertitel wäre ein wichtiges Signal, dass Deutschland seinen Anteil am Wiederaufbau in Haiti leisten will.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Sascha Raabe, MdB
entwicklungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Aus der Arbeitsgruppe

Antrag - Zukunft für Haiti – nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Erdbebenkatastrophe vom 12. Januar 2010 hat mit Haiti eines der ohnehin ärmsten Länder der Welt getroffen. Schon vor dem Erdbeben lebten rund 70 Prozent der Bevölkerung von weniger als 2 US-\$ pro Tag. Die Zustände in Haiti waren fragil, die staatlichen Stellen waren weder in der Lage für ausreichende Sicherheit und Ordnung, noch für eine ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge zu garantieren. Eine normale staatliche Entwicklungszusammenarbeit war deshalb in den letzten Jahren nicht möglich. Die Lebensmittelproduktion vor Ort war durch die Konkurrenz ausländischer Dumping-Importe so gut wie zusammengebrochen. Nun leidet Haiti zusätzlich unter den dramatischen Folgen des Erdbebens: weit über 200.000 Menschen verloren ihr Leben, rund eine Million Menschen wurde obdachlos und etwa 3 Millionen hilfebedürftig.

Die Hilfsbereitschaft der Menschen weltweit war enorm, viele haben privat gespendet oder sich aktiv engagiert. Auch die Nothilfe der internationalen Staatengemeinschaft ist unverzüglich angelaufen. Staatliche wie auch nichtstaatliche Hilfsorganisationen waren schnell vor Ort, haben mit großem Engagement und - wegen drohender Nachbeben - oft auch unter Einsatz ihres eigenen Lebens die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgt, haben Verletzte behandelt und Tote geborgen. Deutschland hat sich mit Mitteln in Höhe von 17 Millionen Euro an den Nothilfemaßnahmen beteiligt. Hinzu kommt der deutsche Anteil an der Soforthilfe, die seitens der EU geleistet wird. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass die privaten und öffentlichen Mittel sinnvoll, transparent kontrollierbar und nachhaltig eingesetzt werden können. Dafür bedarf es eines geeigneten politischen Rahmens.

Die bisherigen Anstrengungen galten der ersten Notversorgung. Jetzt aber muss der Übergang zu einer nachhaltigen Wiederaufbauhilfe geschafft werden, wenn Haiti langfristig eine Perspektive haben soll. Damit das gelingen kann, braucht Haiti ein von der internationalen Staatengemeinschaft gestütztes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept, das die unterschiedlichen Wiederaufbaumaßnahmen koordiniert und bündelt und die benötigten Mittel verwaltet. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind bereits in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 1,4 Milliarden US-\$ notwendig. Längerfristig wird die notwendige Wiederaufbauhilfe auf bis zu 15 Milliarden US-\$ geschätzt. Ende März soll auf einer Konferenz in New York über die Aufbauhilfe verhandelt werden. Eine Geberkonferenz soll im Juni folgen. Die Weltgemeinschaft hat ihre Verantwortung also angenommen. Auch die EU und die Bundesrepublik Deutschland müssen sich konstruktiv in diesen Prozess einbringen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- den EU-Lateinamerika-Gipfel zu nutzen, um zu einem regionalen Aufbaukonzept zu gelangen, das die Staaten und Organisationen unterstützt, die sich aus dem LAK-Raum für die Hilfe und den Wiederaufbau engagieren.
- sich auf der Konferenz Ende März in New York und darüber hinaus für einen langfristigen Aufbauplan einzusetzen und sich mit ausreichenden Mitteln an einem langjährigen Engagement der internationalen Staatengemeinschaft für einen nachhaltigen Wiederaufbau in Haiti zu beteiligen,
- in enger Abstimmung mit den internationalen Partnern die multilateralen Organisationen bei ihren Anstrengungen für Haiti zu unterstützen,
- die ländliche Entwicklung in Haiti zu fördern und so die Eigenversorgung der haitianischen Bevölkerung durch heimische Agrarproduktion zu verbessern,
- die Entwicklung und den Aufbau einer gewerblich-industriellen und touristischen Wertschöpfung zu unterstützen,
- die Zivilgesellschaft und Demokratisierungsprozesse in Haiti zu stärken sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen nachhaltig zu fördern,
- den Aufbau von Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystemen in Haiti zu unterstützen,
- am Wiederaufbau der Infrastruktur mitzuarbeiten und auf einen möglichst erdbebensicheren Wiederaufbau der Wohnbebauung hinzuwirken,
- bei deutschen Unternehmen für Investitionen in Haiti zu werben,
- eine Ausweitung des Programms „cash for work“ zu prüfen, damit vor Ort Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können,
- eine Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung des laufenden Mandats MINUSTAH der Vereinten Nationen in Haiti anzuregen,
- eine ordnungsgemäße Durchführung der auf Ende des Jahres verschobenen Wahlen zu unterstützen.

Pressemitteilungen der Arbeitsgruppe

[Zukunft für Haiti – Niebel greift SPD-Vorschlag für Sonderfonds auf](#)

[Schwarz-Gelb streicht Gelder für Engagement junger Leute in der Entwicklungshilfe](#)

[Neue Hoffnung für den Regenwald](#)

[Niebels Personalpolitik: Fachkenntnis nicht erforderlich, FDP-Parteibuch reicht](#)

[OECD: Entwicklungsminister Niebel bricht internationale Zusagen](#)

[Weltweite Ächtung des Einsatzes von Kindersoldaten](#)

[SPD kämpft für eine solide finanzierte und sozial gerechte Entwicklungspolitik](#)

[100 Tage Entwicklungsminister Niebel oder: „Der Elefant im Porzellanladen“](#)

[Aigners Beton-Agrarpolitik schadet den Entwicklungsländern](#)

[Hilfe für Haiti muss dringend aufgestockt werden](#)

[Niebel braucht Nachhilfe beim Haushalt: Ein Zahlenwerk ohne Weitsicht und Format](#)

[Niebel muss internationale Zusagen bei Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria einhalten](#)

[Entwicklungszusammenarbeit darf keine Unterabteilung des Verteidigungsministeriums werden](#)

[Teure Weihnachtsgrüße des Bundesentwicklungsministers](#)

Aus dem Plenum

Rede von Frank-Walter Steinmeier, MdB vom 10.02.2010
[Regierungserklärung Afghanistan, 17/22, Top 2, S. 1897C](#)
[Video/Rede](#)

Rede von Frank Schwabe, MdB vom 28.01.2010
[Debatte zum Antrag Die richtigen Lehren aus Kopenhagen ziehen, 17/19, Top 9, S. 1670C](#)
[Video/Rede](#)
[Antrag, Ds. 17/522](#)

Rede von Sigmar Gabriel, MdB 27.01.2010
[Debatte zur Afghanistan-Konferenz, 17/18, Top 2, S. 1525A](#)
[Video/Rede](#)

Debatte von Bärbel Kofler, MdB vom 20.01.2010
[HH-Debatte EP 23, 17/15, S. 1333C](#)
[Video/Rede](#)

Rede von Lothar Binding, MdB vom 20.01.2010
[HH-Debatte EP 23, 17/15, S. 1343D](#)
[Video/Rede](#)

Rede von Sascha Raabe, MdB vom 20.01.2010
[HH-Debatte EP 23, 17/15, S. 1351B](#)
[Video/Rede](#)

Fraktionsanträge bei denen sich die AGWZ mit beratend eingebracht hat

[Europa 2020 - Strategie für ein nachhaltiges Europa](#)

[Menschenrechtsschutz im Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru verankern](#)



SPD-Entwicklungspolitik

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AGWZ)

Vorschau

Mittwoch, 17.03.2010
Debatte zum Epl. 23

Impressum

Herausgeber:

SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.spdfraktion.de

Verantwortlich:

Dr. Sascha Raabe, MdB

Redaktion:

Waltraud Schlotter

Erscheint im
E-Mail-Abo

agwz-sekretariat@spdfraktion.de

Newsletter

Nr. 47

03 / 2010

Seite 5